

Der Bürgermeister übertrug die Sitzungsleitung für die Haushaltsberatungen an den Kämmerer, Herrn Rupp.

Herr Rupp machte darauf aufmerksam, dass die Fraktionen an diesem Tag noch ein drittes Änderungspapier von der Verwaltung erhielten, welches sich auf die aktuellen Änderungen bezüglich der Anmietung des Hotels Reginas beziehe. Zu diesem Änderungspapier bestanden keine Fragen.

Herr Rupp rief die offene Vorlage aus dem UA HAKO vom 12.01.2016, **FB3 008 Zuschüsse aus dem Budget des FB 3**, auf, die in diese Sitzung des HAFA verwiesen wurde.

Herr Schell von der CDU-Fraktion sagte, dass seine Fraktion diese Kürzungsliste, aus den bereits in der letzten Sitzung des HAFA genannten Gründen, ablehnen werde.

Herr Knülle von der SPD-Fraktion sagte, dass die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bereits mit ihrem gemeinsamen Antrag (Lfd. Nr. 12 der vorliegenden Synopse) deutlich gemacht hätten, in welchen Bereichen sie kürzen wollten und dadurch auch etwas Positives, nämlich die „offene Tür in Birlinghoven“, schaffen wollten.

Herr Rupp lies dann über die komplette Liste (Anlage 2, Einsparungen bei „Zuschüssen“ für freie Kulturträger – Aktualisierung für HAFA am 19.01.2016) abstimmen.

einstimmig abgelehnt
17 Neinstimmen

Herr Rupp rief, die aus der Sitzung des HAFA vom 25.02.2016 vertagten Anträge, in der Reihenfolge der Haushaltsplanstruktur, entsprechend der vorliegenden Synopse der Verwaltung zur Beratung und Beschlussfassung auf. Die Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Aufbruch! wurden an der jeweils entsprechenden Stelle mit zur Diskussion gestellt.

Lfd. Nr. 3, Produkt 01-07-01, gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, Dokumenten- und Workflowmanagement

Nach kurzer Aussprache und der Erweiterung des Beschlussvorschlages um „Open Government“, lies Herr Rupp über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Maßnahmenkatalog für die kommenden zwei Jahre zu erarbeiten, der eine intensive Ausweitung des DMS auf die internen Verwaltungsvorgänge und die Öffnung zu E-Government und Open Government für die Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Die dafür benötigten Ressourcen sind zusammen mit dem Maßnahmenkatalog dem HAFA vorzulegen.

Einstimmig

Lfd. Nr. 5, Produkt 01-12-01, gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, Invest.-Nr. 09-00023, Büroflächen:

Nach kurzer Aussprache stellte Herr Rupp folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Lfd. Nr. 5, Produkt 01-12-01, Invest.-Nr. 09-00023, Büroflächen:

Die Erneuerung von Möbeln im neuen technischen Rathaus ist auf 50.000 € zu deckeln.

Einstimmig

Lfd. Nr. 7, TOP 2.1.2, gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, DS-Nr. 16/0056, Sportstätten für die Gesamtschule/Entwicklung „Auf dem Acker“

Herr Schell sagte, dass seine Fraktion mit Blick auf die Sondersitzung des Kultur-, Sport und Freizeitausschusses und des fortzuschreibenden Sportstättenentwicklungskonzeptes, diesen Antrag zurückstellen möchte.

Der Bürgermeister bat, wie bereits in der letzten HAFA Sitzung ausgeführt, die finanzielle Auswirkung aus dem Beschlussvorschlag herauszunehmen.

Die antragstellenden Fraktionen nahmen einvernehmlich den letzten Punkt (finanzielle Auswirkungen) aus dem Beschlussvorschlag heraus.

Herr Rupp stellte den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Gesamtschule Sankt Augustin und weiteren Akteuren die pädagogischen Anforderungen an eine Ausstattung mit Sportstätten unter Berücksichtigung der entsprechenden Vorgaben und unter Beachtung der finanziellen Lage der Stadt zu klären und darüber den zuständigen Ausschüssen (Schule/Bildung/Weiterbildung sowie Kultur/Sport/Freizeit) zu berichten.
- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Basis eines abgestimmten Bedarfs an Sportstätten im Bereich der Gesamtschule eine Vorentwurfsplanung zu erstellen, wie auf den (langfristig) zur Verfügung stehenden Grundstücken (Turnhalle, Hallenbad, Sportplatz, ggf. Schulgarten) diese Sportstätten räumlich untergebracht werden können. Dabei ist eine Nutzung nicht benötigter Flächen bereits in die Planung einzubeziehen. Über die Ergebnisse ist den zuständigen Ausschüssen (Gebäude/Bewirtschaftung sowie Umwelt/Planung/Verkehr) zu berichten.
- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine sich abzeichnende Fläche für Wohnnutzungen die entsprechend notwendigen Planungen voranzutreiben.

mehrheitlich nein
Jastimmen 9 Neinstimmen 9

Lfd. Nr. 8, Produkt 01-13-03, gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, Verpachtungen:

Herr Schell sagte, dass seine Fraktion diesen Antrag ablehnen würde, weil sie da eine Nichtgleichbehandlung von ähnlichen Flächen sehen würden.

Herr Rupp stellte nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, über die städtische Grundstücksfläche neben einer Bäckerei in Niederpleis (an der Hauptstraße) einen Pachtvertrag abzuschließen.

mehrheitlich ja
Jastimmen 10 Neinstimmen 7 Enthaltungen 1

Lfd. Nr. 9, TOP 2.1.5, Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, DS-Nr. 16/0061, Städtisches Fahrzeugmanagement

Herr Schell sagte, dass seine Fraktion sich bei Punkt eins des Beschlussvorschlages den Ausführungen der Verwaltung, dass Fachwissen beim Bauhof vorhanden sei und die Fahrzeuge teilweise erheblich länger als die übliche Nutzungsdauer genutzt würden, anschließen würde. Zu Punkt drei des Beschlussvorschlages wünschte er noch eine genauere Erläuterung der antragstellenden Fraktionen und Punkt vier sollte aus Sicht der CDU-Fraktion bei der EVG behandelt werden.

Herr Metz erläuterte den Wirtschaftlichkeitsaspekt von Elektrofahrzeugen und die Regelungen in dem Leitfaden.

Frau Jung von der FDP-Fraktion fragte, ob es Aufgabe der EVG sein sollte, Konzepte für die Betankung von Elektrofahrzeugen zu entwickeln.

Herr Lübken plädierte dafür, den bisher beschrittenen Weg beizubehalten, dass die EVG weiterhin als ausführendes Organ am Ende die Ladeinfrastruktur aufstelle.

Herr Schell sagte, dass ihnen die Klarstellung von Herrn Metz, dass die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stehe, sehr wichtig wäre und dass die EVG mit einbezogen würde. Sie würden daher den ersten Punkt des Beschlussvorschlages ablehnen und den Punkten zwei bis vier zustimmen. Er bat daher um getrennte Abstimmung.

Frau Schmidt von der Fraktion Aufbruch! schloss sich den Ausführungen von Herrn Schell an.

Herr Rupp lies dann über nachfolgende Beschlussvorschläge abstimmen:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, vor jeder Ausmusterung / jeden Verkaufs eines städtischen Fahrzeugs eine externe Kurzbegutachtung vornehmen zu lassen.

Mehrheitlich nein

Jastimmen 9 Neinstimmen 9

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich mit den umliegenden Kommunen über die Beschaffung von Fahrzeugen im Hinblick auf technische Ausstattung und Zeitpunkt sowie zugehörige Dienstleistungen abzustimmen und gemeinsame Ausschreibungen anzustreben.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unter Zuhilfenahme insbesondere des Leitfadens „Elektromobilität – Beschaffung von Elektro- und Hybridfahrzeugen“ bei Ausschreibungen grundsätzlich die Beschaffung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben zu prüfen. Es ist jeweils im Einzelfall zu begründen, warum kein Elektro- oder Hybridfahrzeug ausgeschrieben wird.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Betankung bzw. Aufladung der Elektrofahrzeuge zu entwickeln sowie die Ausschreibung bzw. Beschaffung von Strom aus erneuerbaren Energien vorzubereiten.

Über die Umsetzung dieses Beschlusses sind der Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss sowie der Unterausschuss Haushaltskonsolidierung ausführlich zu unterrichten.

Einstimmig

Lfd. Nr. 10, TOP 2.1.4, Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, DS-Nr. 16/0059, Ausbau der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und des Ganztags in Grundschulen

TOP 2.1.7, Antrag der CDU-Fraktion, DS-Nr. 16/0073, Raumsituation an Schulen

Einvernehmlich wurde der weitergehende Antrag der CDU-Fraktion als erster beraten.

Herr Grzeszkowiak erläuterte kurz die Intentionen des vorliegenden Antrages.

Nach Aussprache aller Fraktionen und einer einvernehmlichen Umformulierung des ersten Punktes des Beschlussvorschlages, lies Herr Rupp über nachfolgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. die bisherigen Planungen für eine Verbesserung der Raumsituation für die Mittagsverpflegung an den Grundschulen Menden, Mülldorf und Pleiser Wald im Hinblick auf sich wandelnde Bedarfszahlen und eine größtmögliche dauerhafte

Flexibilität der Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten zu überprüfen und auf Basis dieser Überprüfung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Schulen die vom Büro Biregio vorgelegten Vorschläge zur Raumgestaltung zum 3. Quartal 2016 – ggf. unter Einsatz externer Ressourcen – zu überarbeiten, darauf basierend Planungen zu erstellen und umsetzungsreif zu machen.

2. mit den Umsetzungen der Planungsergebnisse zu den Ziffern 1. a. und 1. c. noch bis zum Ende 2016 zu beginnen und dafür – über die schon eingestellten Haushaltsmittel (HHM) – noch weitere erforderliche HHM zur Realisierung der Infrastrukturmaßnahmen im Nachtragshaushalt 2016/2017 zweckgebunden – ohne den vorgegebenen Investitionsrahmen zu überschreiten – zu konkretisieren.
3. bis zum Ende des 3. Quartals 2016 auf Grundlage des aktuell – auch wegen der Flüchtlingsthematik – durch Biregio in der Weiterentwicklung befindliche Schulentwicklungsplanes, weiteren Bedarf an schulstrukturellen (z.B. Zügigkeiten) und/oder infrastrukturellen (Klassen- oder Speiseraumerweiterungen) Anpassungen zu identifizieren, Lösungsvorschläge und Planungen (auch unter Berücksichtigung von temporären Lösungen/Planungen) vorzustellen und die Höhe erforderlicher HHM festzustellen. Bei fehlenden eigenen Ressourcen sind externe Ressourcen zu nutzen.
4. bei der Bezirks- und/oder Landesregierung anzufragen, welche finanziellen Unterstützungen ausschließlich für, durch die Flüchtlingsthematik begründeten, schulstrukturellen und infrastrukturellen Maßnahmen erbracht werden.

einstimmig

Herr Rupp stellte im Anschluss den Beschlussvorschlag des gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, unter einvernehmlicher Streichung des Absatzes zwei, zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, für einen zügigen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung an Kindertagesstätten eine konkrete Umsetzungsplanung inklusive eines Vorschlags zur Verankerung im städtischen Haushalt zu erarbeiten. Die Planung soll Standorte, Größe, Art des Betriebs (städtisch, Elterninitiativen, freie Träger) und entsprechend Auswirkungen auf den Haushalt zum Inhalt haben. Die Planung soll zum 3. Quartal 2016 fertig gestellt und den zuständigen Ratsgremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Ziel ist es, für einen wahrscheinlichen Nachtragshaushalt 2017 entsprechende belastbare Zahlengrundlagen beraten zu können.

einstimmig

Lfd. Nr. 12, Produkt 06-02-02, Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, Offene Kinder- und Jugendarbeit:

Herr Schell sagte, dass seine Fraktion diesen Antrag ablehnen werde. Im JHA wäre damals gesagt worden, wenn für die „offene Tür in Birlinghoven“ zur Gegenfinanzierung aus dem Kontingent der freiwilligen Leistungen im Jugendbereich gekürzt würde. Dies wäre bei dem vorliegenden Beschlussvorschlag offensichtlich nicht der Fall. Des Weiteren wäre in der damaligen Sitzung von Frau Clauß daraufhin gewiesen worden, dass sie die Johannesstraße mindestens für genauso wichtig halte. Hier wäre daher für seine Fraktion eine genauere Erhebung des Bedarfs für Sankt Augustiner Kinder notwendig. Die Kürzungsliste, welche noch über die erforderlichen 6.000 € hinaus gehen würde, würden Sie ablehnen, weil sie hier die Möglichkeiten sähen, wenn sie noch andere wichtige Projekte im freiwilligen Bereich hätten, diese hierüber gegen zu finanzieren. Sie würden die freiwilligen Leistungen, solange sie im Haushaltssicherungskonzept wären, nie mehr anheben dürfen, sondern wenn nur tauschen.

Frau Jung, Frau Schulenburg, Herr Metz, Herr Knülle und Frau Schmidt bestärken in ihren Ausführungen einvernehmlich die Wichtigkeit des vorliegenden Antrages.

Herr Rupp stellte im Anschluss den nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Auf der Grundlage des Beschlusses im JHA wird der Ansatz um 6.000 € für die Finanzierung der offenen Tür in Birlinghoven erhöht.

Zur Finanzierung sind folgende Einsparungen bei anderen freiwilligen Leistungen erforderlich:

Freie Kulturarbeit Streichung 1.690 €, Cantando parlando: Streichung 800 €, Werkstattkonzerte: Streichung 1.000 €, Jugendtheater Hotti: Streichung 600 €
Städtepartnerschaften: Streichung 1.310 €, Patenschaften: Streichung 2.040 €
€, Stadtsportverband: Streichung 1.750 €.

mehrheitlich ja

Jastimmen 11 Neinstimmen 7

Lfd. Nr. 13, Produkt 09-01-01, Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, Städtebauliche Planung und Entwicklung:

Ohne Aussprache stellte Herr Rupp nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Die Mittel für den Ideenwettbewerb am Marktplatz im Ortskern von Menden soll auf einen Ansatz von 25.000 € beschränkt werden.

Einstimmig

Lfd. Nr. 15, Produkt 12-01-01, Invest-Nr. 07-00245, Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, Baumaßnahme L 16

Herr Schell regte an, dass sie eine Petition an die Landesregierung, gerne auch gemeinsam, stellen sollten.

Es erfolgte eine kurze Aussprache zu der Zeitschiene der absehbaren Baumaßnahmen S 13 und A 59. Herr Schell und Herr Metz betonten, dass die vorhandenen Gehwegeverbindungen für die beiden Ortsteile sehr wichtig wären und dass sie sicherstellen möchten, dass die 50.000 € für die Erhaltung dieser Gehwege ausreichen.

Herr Gleß meinte für provisorische Maßnahmen könnten 50.000 € ausreichen. Sollten widererwarten mehr benötigt werden, dann würde darüber gemeinsam entschieden.

Herr Rupp stellte daraufhin folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Streichung der Investition in 2016 in Höhe von 425.000 €. Einstellung von 50.000 € konsumtiv für provisorische Maßnahmen.

Einstimmig

Lfd. Nr. 16, Produkt 12-01-01, Invest-Nr. 07-00227, Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, Baumaßnahme „Am Bahnhof“ Planstr. A:

Nach kurzer Aussprache stellte Herr Rupp nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Streichung der Investitionen in 2019 in Höhe von 1.300.000 €, sowie der dazugehörigen Einnahmen von Drittmitteln in 2019 von 438.000 € und in 2020 in Höhe von 146.000 €.

(Der Grunderwerb, welcher an anderer Stelle im Haushalt etatisiert ist, kann von der Verwaltung durchgeführt werden).

Einstimmig

Lfd. Nr. 17, Produkt 12-01-01, Invest-Nr. 07-00317, Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, Kreisverkehr Siegburger Str./Rathausallee

Herr Schell führte aus, dass seine Fraktion vor dem Hintergrund der Baumaßnahme Huma und dem Gesamtverkehrskonzept diese Investition nicht streichen möchte. Sie würden hier diesen Punkt ablehnen, aber wenn es zu einem späteren Zeitpunkt um die Finanzierung der Kindertagesstätten ginge und eine Priorisierung erfolgen müsse, dann sehe er es selbstverständlich so, dass Kindergärten im Vergleich zum Bau eines Kreisverkehrs wichtiger wären.

Herr Metz führte aus, dass dieser Kreisel etwas je zur Hälfte vom Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt (als Baulastträger) finanziert werden müsse und dass derzeit keine Etatisierung, zur Beteiligung an den Kosten, im Kreishaushalt erfolgt sei. Er stellte die geringen Chancen auf eine kurzfristig zu erwartende Förderung dar und betonte, dass eine Priorisierung der Ausgaben mit Blick auf den Bau notwendiger Kindergärten erfolgen müsse.

Herr Rupp stellte den nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Streichung der Investitionen von 640.000 € in 2016 sowie der dazugehörigen Einnahmepositionen aus Drittmitteln in Höhe von 504.500 €.

Mehrheitlich Ja

Jastimmen 10 Neinstimmen 7 Enthaltungen 1

Lfd. Nr. 18, TOP 2.1.3, Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, DS-Nr. 16/0058, Weitere Planungen zum Integrierten Handlungskonzept Zentrum

Nach kurzer Aussprache und gemeinsamen Überlegungen zu einer alternativen Formulierung, der gewünschten Intentionen, ließ Herr Rupp über nachfolgenden einvernehmlich geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Sankt Augustin verfolgt das Ziel, mittels des Integrierten Handlungskonzeptes und seiner Umsetzung eine deutliche Aufwertung und Stärkung der Stadtmitte zu erreichen.

Vor dem Hintergrund der laufenden Antragstellung werden die Mittel für die verschiedenen Teilprojekte im Haushalt 2016/2017 bzw. der mittelfristigen Finanzplanung auf Basis der vorliegenden ersten Kostenschätzungen dargestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Genehmigung des Grundförderantrags die Detailplanungen für die Projekte Straßen/Wege, Südstraße und Karl-Gatzweiler-Platz zeitnah in Anlehnung an die bisherigen Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss zu konkretisieren, damit die konkreten Etatisierungen spätestens zum Haushaltsjahr 2018 vorgenommen werden können.

Die entsprechend konkretisierten Pläne sind dem Zentrumsausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen.

Einstimmig

Lfd. Nr. 19, Produkt 12-03-01, Invest. Nr. 07-00329, Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, Instandsetzung Beleuchtung Kölnstraße

Herr Schell sagte, dass seine Fraktion diesen Antrag, aufgrund der vorliegenden Ausführungen der Verwaltung, ablehnen werde.

Herr Knülle entgegnete, dass die Begründungen der Verwaltung für sie nicht ausreichend wären und sie diesen Antrag aufrechterhalten würden.

Frau Schmidt sagte, dass die Ausführungen der Verwaltung für sie überzeugend gewesen wären und sie daher diesen Antrag auch ablehnen würden.

Herr Metz fragte konkret nach, warum es nur diese eine Möglichkeit an Leuchtmitteln geben würde und deshalb die gesamten Laternenmasten ausgetauscht werden müssten. Mit Ökologie hätte das aus seiner Sicht wenig zu tun.

Herr Schmitz sagte eine genauere Klärung bis zur Ratssitzung zu.

Die Entscheidung wird in den Rat vertagt.

Lfd. Nr. 20, Produkt 16-01-01, Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Grüne und FDP, Besteuerung von Spielautomaten mit Gewinnmöglichkeit

TOP 2.1,6 Antrag der Fraktion Aufbruch!, DS-Nr. 16/0071, Vergnügungssteuer

Frau Schmidt begründete den vorliegenden Antrag und korrigierte in dem vorliegenden Beschlussvorschlag, aufgrund erneuter Überlegungen und dem Vergleich mit Nachbarstädten, die vorgeschlagenen Erhöhungssätze nach unten.

Nach kurzer Aussprache über die einvernehmliche Anpassung stellt Herr Rupp diesen Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Die Vergnügungssteuer (Besteuerung des Einspielergebnisses von Glückspielautomaten mit Gewinnmöglichkeit) wird in folgenden Stufen erhöht:

ab 2017 von derzeit 13,5 % auf dann 16 %

ab 2019 von dann 16 % auf 17 %

ab 2021 von dann 17 % auf 19 %

In der jüngeren höchstrichterlichen Rechtsprechung wird vom Einsetzen einer

erdrosselnden Wirkung dieser Steuer ab dem Überschreiten der Schwelle von 20,0 % ausgegangen.

Ein Überschreiten dieser Schwelle wird durch die vorgeschlagene Stufung vermieden, so dass die erwünschte steuernde Wirkung erhalten bleibt. Gleichzeitig wird durch die gestufte Erhöhung ein beachtlicher Beitrag zur Ertragsverbesserung geleistet.

Einstimmig

Alle noch offenen Anträge waren damit abgearbeitet.

Herr Rupp stellte im Anschluss den nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung: